



## **Kein Kind verloren geben Evangelische Kirche und Bildungsgerechtigkeit Neujahrsempfang des Evangelischen Kirchenkreises Steinfurt- Coesfeld-Borken**

**10.01.2010**

Seit der Veröffentlichung der internationalen Schulleistungsvergleiche ist in Deutschland der alte Streit über eine leistungsfähige und zugleich gerechte Schule mit neuer Heftigkeit entflammt. Zur Erinnerung: Die Schulleistungsvergleiche, vor allem PISA I und II, haben dem deutschen Schulsystem insgesamt eher mittelmäßige bis schlechte Noten erteilt. Zusammenfassend gesagt: Das deutsche Schulsystem zeichnet sich dadurch aus, dass es gleichzeitig eine eher mäßige durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Schüler, eher schlechte Spitzenleistungen und eine besonders ungerechte Verteilung der Bildungschancen erreicht. Der eigentliche Skandal der PISA-Ergebnisse lag ja darin, dass in kaum einem anderen Industrieland der Bildungserfolg von Schülern so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland. Auf die Ergebnisse der PISA-Studien reagierten die Kultusminister mehrheitlich (gerade auch in NRW), aber auch konservative Lehrerverbände, mit der Warnung, jetzt bloß keine neue Debatte über die Schulstruktur zu beginnen.

Nun, acht Jahre später stelle ich fest, dass es nicht möglich gewesen ist, den Deckel über den seit Jahrzehnten kochenden Fragen einfach drauf zu halten und den deutschen Sonderweg eines gegliederten Schulsystems unbeirrt als besonders erfolgreich zu verteidigen. Ich bin überzeugt, würde man eine Umfrage unter allen Erziehungswissenschaftlern an den deutschen Universitäten starten, würde man kaum noch jemanden finden, der das drei- oder fünfgliedrige Schulsystem in Deutschland verteidigt. Es ist zu offenkundig, dass unser Schulsystem in einem hohen Maße ungerecht ist und soziale Probleme produziert. Das sieht inzwischen auch die Mehrheit der Bevölkerung so, vor allem die Mehrheit der Eltern, die selber Schulkinder haben. Drei Viertel der Bevölkerung und sogar 86 % der Eltern sind nach einer im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung 2008 durchgeführten Befragung der Meinung, dass Jugendliche aus allen Schichten nicht die gleichen Bildungschancen haben.

Was kann man dagegen tun? Warum ist das Thema Bildungsgerechtigkeit so wichtig? (Warum ist uns in der Evangelischen Kirche das Thema Bildungsgerechtigkeit so wichtig?)

### **1) Keine Bildungsgerechtigkeit in unserem Schulsystem**

Wie schon angedeutet, hängt der Schulerfolg einer Schülerin oder eines Schülers in kaum einem vergleichbaren Land so sehr von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Akademiker- und Beamtenkinder haben in Deutschland eine



6,5-mal höhere Chance, das Gymnasium zu besuchen als Arbeiterkinder. Nur 7 Prozent der Arbeiterkinder beginnen in Deutschland ein Universitätsstudium, aber über 50 Prozent der Beamtenkinder und über 80 Prozent der Kinder aus Freiberufler-Familien. Ja, Kinder unterer sozialer Schichten werden trotz individuell gleicher Leistung in unserem Schulsystem schlechter beurteilt und weniger gefördert. Kinder aus Elternhäusern mit hohem sozialen Status haben bei gleicher Schulleistungsfähigkeit eine 3,1-mal höhere Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, als Facharbeiterkinder.

Schon 1975 beklagte der Rat der EKD: „Statistisch gesehen...wiederholt sich im Schulsystem in der Regel die soziale Schichtung unserer Gesellschaft.“ Daran hat sich bis heute nicht nur nichts geändert, es hat sich eher noch verschärft. Darin liegt der gesellschaftspolitische Sprengstoff der Schulfrage: Soziale Lagen werden gegenwärtig in Deutschland vor allem durch das gegliederte Schulsystem vererbt. Die Frage muss erlaubt sein, ob dieses nachgewiesenen ungerechte Bildungssystem eigentlich mit dem Grundgesetz vereinbar ist, das gleiche Bildungschancen für alle Bürger garantiert.

Nun sind Kinder und Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern in allen Ländern beim schulischen Lernen erfolgreicher als solche aus bildungsfernen Familien. Das haben PISA und andere internationalen Schulleistungsvergleiche gezeigt. Sie haben aber auch gezeigt, dass es Ländern mit einem integrativen Schulsystem wesentlich besser gelingt, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg aufzufangen und abzumildern als dem gegliederten deutschen Schulsystem. Ja, dass die Bildungsungerechtigkeit umso größer ist, je früher die Kinder auf verschiedene Schulformen aufgeteilt werden, ist keine bloße Vermutung mehr, sondern inzwischen wissenschaftlicher Konsens und im Ernst nicht mehr bestreitbar. Gegenwärtig wird die Bildungsungerechtigkeit unseres Schulsystems noch dadurch verschärft, dass jeder dritte Schüler auf einer weiterführenden Schule und jeder fünfte auf einer Grundschule inzwischen Nachhilfe bekommt. Es gibt zur Zeit etwa 3000 kommerzielle Nachhilfeschulen mit einem Umsatz von ca. 1 Milliarde Euro - für die Kinder der Eltern, die sich das leisten können. Ohne diese Nachhilfeindustrie und vor allem ohne die zu Hause bei den Schulaufgaben mithelfenden Eltern würde das deutsche Schulsystem nicht mehr funktionieren. Gerecht ist das alles nicht!

**2) Es ist unverantwortlich, Kinder mit 10 Jahren so zu sortieren, dass damit über ihren späteren Lebensweg entschieden wird.**

In keinem anderen Land werden Schülerinnen und Schüler so früh getrennt, nämlich nach dem vierten Schuljahr. Wenn ich Ihnen jetzt eine Europakarte mit dem Trennungsalter von Schülern zeigen könnte, wäre Deutschland mit 10 Jahren ein weißer Fleck: Spanien 16, Frankreich 14, Niederlande 13, Großbritannien 16, Schweden 16, Finnland 16, Polen 16.

Warum ist es unverantwortlich, Kinder mit 10 Jahren auf verschiedene Schulformen zu verteilen?

- a) Jeder, der Kinder hat, weiß, dass die Entwicklung eines Kindes mit 10 Jahren noch längst nicht abgeschlossen ist. Es gibt „Frühentwickler“ und „Spätzünder“.



- b) Keine Lehrerin ist mit noch so viel Prognose-Fortbildung in der Lage, eine sichere Einschätzung zu einem zehnjährigen Kind zu geben. Wir wissen aus der IGLU-Grundschuluntersuchung, dass ein erheblicher Teil der Grundschulempfehlungen falsch ist. Diese Fehltritte sind aber nicht den Lehrerinnen und Lehrern anzulasten - sondern die Konsequenz kann nur lauten: Die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen muss aufgehoben werden!
- Die Auswertung der letzten PISA-Studie hat zudem gezeigt, dass von einer leistungsgerechten Verteilung der Schüler auf die unterschiedlichen Schulformen keine Rede sein kann. In vielen Bundesländern hätte die Hälfte der Gesamt- und Realschüler und etwa ein Viertel der Hauptschüler auch ein Gymnasium besuchen können. Ja, eine genaue Nachprüfung der Schulleitervereinigung Gesamtschule hat 2009 gezeigt, dass 70,5 % der Gesamtschulabiturienten in diesem Jahr keine Gymnasialempfehlung bekommen hatten, ihnen das Abitur also zuvor nicht zugetraut worden ist. (Allein diese Zahl <am EGG Gelsenkirchen: 81 %> macht den Widersinn der frühen Aufteilung der Schüler unwiderlegbar deutlich!)
- c) Nun wird manchmal noch behauptet, das gegliederte Schulsystem trenne eben nach den unterschiedlichen Begabungen. Hier muss man klipp und klar sagen: Das ist wissenschaftlicher Humbug! Allen Versuchen, das gegliederte Schulsystem als besonders „begabungsgerecht“ hinzustellen, hält die Lernpsychologin Elsbeth Stern daher umstandslos entgegen: „Es gibt keine wissenschaftlich begründete Typologisierung, die eine Zuordnung von Heranwachsenden zu einem ganz bestimmten Lernumfeld nahe legt. Schüler bringen also ein unterschiedliches Potential mit in die Schule, das sich nicht in Schubladen packen lässt. Um jeden Schüler ‚begabungsgerecht‘ zu fördern, erweist sich die Gliederung des Schulsystems somit als untaugliches Instrument“. „Die Anhänger des gegliederten Schulsystems müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie keine wissenschaftlichen Argumente für die in Deutschland praktizierte Aufteilung ins Feld führen können. Die Aufgabe des Lehrers muss vor allem darin bestehen, unterschiedliche Lernangebote innerhalb einer Lerngruppe bereit zu stellen, damit jeder Schüler entsprechend seinen Voraussetzungen optimal lernen kann“ (DIE ZEIT, Nr. 51, 87). Würde das gegliederte Schulsystem tatsächlich nach den unterschiedlichen Begabungen trennen, ständen wir vor dem Rätsel, dass in Eslohe im Sauerland gut 20 % der Schüler aufs Gymnasium wechseln, in Rheinbach aber über 50 %. Bringen die Regionen unterschiedliche Begabungen hervor?
- d) Das Problem wäre etwas geringer, wenn es nach der Aufteilung auf verschiedene Schulformen eine große Durchlässigkeit zwischen den Schulformen gäbe. Diese Durchlässigkeit gibt es in der Praxis aber nur als Rutschbahn nach unten. In NRW kommen auf einen Aufsteiger in unserem Schulsystem 9 Absteiger.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Eine nachhaltige Verbesserung der Chancengleichheit in der Schule lässt sich nur mit einer Überwindung des gegliederten Schulsystems erreichen.

Exkurs:



Das gegliederte Schulsystem stammt aus dem 19. Jahrhundert. Es spiegelt die Ständegesellschaft vergangener Zeiten. Vereinfacht gesagt sollte die Volksschule die künftigen Bauern und einfachen Leute heranziehen, die Realschule die Handwerker und kleinen Kaufleute, das Gymnasium die Beamten. Adlige und andere reiche Leute schickten ihre Kinder auf Privatschulen. Schon mit dem Ende des Kaiserreiches war dieses Schulsystem nicht mehr zeitgemäß, 1919 sollte es zugunsten einer Schule für alle abgeschafft werden. Dies scheiterte am Widerstand des Adels und des Großbürgertums. Es kam zu einem Kompromiss: Wenigstens vier Jahre, heutige Grundschule, gehen alle in dieselbe Schule. 1946 verfügte eine Direktive der Alliierten die Aufhebung des dreigliedrigen Schulsystems, das sie einmütig als Hindernis auf dem Weg zu einer Demokratisierung Deutschlands ansahen. Die Gymnasiallehrer leisteten hartnäckig Widerstand, die Alliierten verfolgten den Plan nicht weiter, weil sich im politischen Tagesgeschäft andere Fragen nach vorn drängten. Heute, 2010, ist Deutschland neben Österreich das einzige Land auf der Welt mit einem gegliederten Schulsystem. Elf von 16 Bundesländern rücken zur Zeit davon ab, Nordrhein-Westfalen befindet sich zur Zeit auch in Deutschland in einer Minderheitenposition.

### **3) Vom längeren gemeinsamen Schulbesuch profitieren alle Schüler**

Wir haben in Deutschland lange geglaubt, je homogener eine Schule organisiert oder eine Lerngruppe zusammengesetzt ist, desto besser sind die Ergebnisse. Doch nicht erst die internationalen Schulleistungsvergleiche, sondern z. B. auch Forschungen zu jahrgangsübergreifenden Lerngruppen haben überzeugend gezeigt: gerade das Lernen in gemischten Gruppen erweist sich als erfolgreich. (Schon Comenius wusste: „Man solle die Langsamen unter die Geschwinden, die Schwerfälligen unter die Wendigen, die Hartnäckigen unter die Folgsamen mischen. Wenn der Lehrer einen Begabteren entdeckt, so soll er ihm zwei oder drei Langsamere zum Belehren anvertrauen.“)

Die häufig vorgebrachte Vermutung, gemeinsame Lerngruppen in einer „Schule für alle“ behinderten die Leistungsmöglichkeiten der besseren Schüler und führten unweigerlich zu einer Nivellierung der Schulleistungen, wird schon, wie PISA gezeigt hat, durch die besseren Schulleistungsergebnisse der anderen Länder widerlegt.

Die überwiegende Mehrheit der Schulsysteme anderer Länder schafft es mit integrativen Strukturen, die Schülerinnen und Schüler auf ein im Vergleich zu Deutschland höheres Niveau zu bringen - und zwar sowohl die Lernschwächeren als auch die Lernstärkeren. Man darf nicht vergessen: Nicht in homogen, sondern eher heterogen zusammengesetzten Lerngruppen werden international die besten Schulleistungen erbracht. Es ist eine alte pädagogische Einsicht: Schüler lernen am ehesten und besten von ihren Mitschülern. Und umgekehrt: Leistungsstärkere Schüler profitieren davon, wenn sie schwächeren Schülern etwas beibringen. Ohne die Schubkraft einer stärkeren leistungsmäßigen Mischung der Schüler lassen sich keine fördernden Lernumwelten für schwächere Schüler schaffen.



Nun wird manchmal darauf hingewiesen, dass es in den integrativen Schulsystemen etwa Kanadas, Schwedens oder der Niederlande andere Rahmenbedingungen gebe - kleinere Klassen etwa, mehr Unterrichtspersonal oder für heterogene Lerngruppen besser ausgebildete Lehrer. Ohne Zweifel ist es wichtig, die Ausstattung und die Rahmenbedingungen an den Schulen zu verbessern, aber es gibt schon jetzt genug Schulen in Deutschland, in erster Linie Grundschulen und Gesamtschulen (s. Deutscher Schulpreis!), die zeigen, wie das Lernen in gemischten Gruppen erfolgreich sein kann. Wichtig ist es jedoch, darauf zu achten, dass es in einer sehr leistungsheterogenen Gruppe keine zu große und dominierende Zahl von Schülern mit Lernschwierigkeiten gibt.

Zusammenfassend kann man sagen: Vom längeren gemeinsamen Schulbesuch profitieren letztlich alle Schüler, besonders die schwächeren, aber auch die leistungsstärkeren haben keine Nachteile. Für das soziale Lernen bringt der gemeinsame Unterricht ohnehin große Vorteile.

#### 4) Eine Perspektive für die Bildungsverlierer

Jahr für Jahr hinterlässt unser Schulsystem viel zu viele Bildungsverlierer. Etwa 15-20 Prozent der Jugendlichen in Deutschland haben entweder keinen Schulabschluss, finden keinen Ausbildungsplatz oder absolvieren verschiedene Berufsvorbereitungsmaßnahmen ohne begründete Aussicht auf einen realen beruflichen Einstieg. Sie gehören zu einer „Risikogruppe“, deren Integration in Beruf und Gesellschaft stark in Frage steht. Darunter befindet sich fast jeder zweite Hauptschüler.

- a) Die Hauptschule ist das Sammelbecken der Kinder mit familiären, kulturellen, sprachlichen und kognitiven Problemen und überfordert damit Schüler und Lehrer gleichzeitig. An den Hauptschulen, das ist seit langem bekannt, wird von vielen Lehrerinnen und Lehrern eine hervorragende Arbeit geleistet. Doch man kann die Hauptschule auf Dauer nicht künstlich am Leben erhalten. Von den 670 Hauptschulen in NRW unterschreiten z. Zt. mehr als 460 die Regelgröße. Landesweit wechseln weniger als 14 Prozent von der Grundschule auf eine Hauptschule, in Großstädten sind es nur noch 5-6 Prozent. Damit ist die Hauptschule auf Dauer nicht überlebensfähig. So sehen es auch die Schulleiter und die Lehrer an Hauptschulen. Nur 10 % sind nach der jüngsten Befragung des VBE für den Erhalt der Hauptschule als eigener Schulform.
- b) In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Förderschulen: 86 % aller Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen bei uns Sonderschulen, integrativer Unterricht ist in Deutschland, anders als in fast allen europäischen Ländern, die große Ausnahme. Je länger ein Schüler die Sonderschule besucht, desto schlechter sind seine Leistungen. 77 % aller Schüler verlassen die Sonderschulen ohne Hauptschulabschluss, fast 100 % aller Sonderschüler erhalten keinen Ausbildungsplatz. Aufgrund aller empirischen Befunde hätte die Schule für Lernbehinderte schon lange abgeschafft werden müssen. „Förderschulen sind teuer“ (nämlich 2,6 Milliarden Euro jährlich) „aber erfolglos“, lautet denn auch das Fazit der neuesten Studie zu Förderschulen von Klaus Klemm.



Nun ist aber das international einzigartige Sonderschulsystem Deutschlands durch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen enorm unter Druck geraten. Durch die Unterzeichnung der UN-Konvention hat sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet, das Recht für Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und auf der Basis der Chancengleichheit in einem inklusiven Bildungssystem zu gewährleisten. Das gilt für Kinder mit Lernbehinderungen, körperlichen Behinderungen wie geistigen Behinderungen. Das wird wohl darauf hinauslaufen, dass es ein rechtlich durchsetzbares elterliches Wahlrecht für eine bestimmte Schule geben wird. Damit gerät m. E. das ganze gegliederte Schulsystem ins Rutschen!

- c) Schließlich auch noch ein Wort zu den Kindern von Migranten. Mehr als 20 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen und 26 Prozent aller Schüler in NRW haben einen Einwanderungshintergrund, in Gelsenkirchen und anderen Städten gilt das zur Zeit schon für jedes zweite geborene Kind. Die Schule muss auch auf das Leben in einer dauerhaft multikulturell zusammengesetzten Gesellschaft vorbereiten. Das kann das gegliederte Schulsystem nicht. 50 Prozent aller Einwanderungskinder gehen auf eine Hauptschule, Gymnasien haben in NRW im Durchschnitt nur eine Quote von 12,5 Prozent muslimischen Jugendlichen. An Gesamtschulen dagegen haben etwa 34 Prozent der Abiturienten einen Einwanderungshintergrund. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass es den meisten anderen Ländern besser gelingt, Einwanderungskinder zu fördern als Deutschland. Woran liegt das? In fast allen anderen Ländern haben wir eine längere gemeinsame Schulzeit und selbstverständlich eine verbindliche Ganztagschule.

## **5) Wir schöpfen in Deutschland die Begabungen der Schülerinnen und Schüler nicht aus.**

Die frühe Trennung und Aufteilung blockiert die Potentialentwicklung bei Schülern. In Schweden und Finnland machen 75 % eines Jahrgangs Abitur, in Deutschland etwa 30 % und in Bayern, dem deutschen „PISA-Sieger“ sind es 19 %. Eine so niedrige Abiturienten- bzw. Studierendenquote können wir uns in der so genannten „Wissensgesellschaft“ nicht mehr leisten. „Wir werden den wachsenden Bedarf an Spitzenkräften nicht decken können, weil zu Beginn der Schulzeit die Chancen vieler junger Menschen verspielt werden“ (A. Schleicher). Deswegen plädieren seit einiger Zeit auch führende Vertreter der Wirtschaft für eine Veränderung unserer Schulstruktur.

Bis zum Jahr 2020 werden wir zwei Millionen Schüler weniger haben. Volkswirtschaftlich brauchen wir jeden. Der Bevölkerungsökonom Ludger Wößmann hat im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung ausgerechnet, dass der Volkswirtschaft durch die unzureichende Bildung für die 20 Prozent Bildungsverlierer Kosten in Höhe von 2,8 Billionen Euro entstehen. Das ist mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt.

Das größte ungenutzte Potential sind die Kinder von Migranten. Was passieren müsste, um diese Kinder wirklich zu fördern, ist unter den Fachleuten einigermaßen klar: eine Verpflichtung zur Sprachförderung - auch für Eltern, der verpflichtende Besuch des Ganztagskindergartens, die Einführung einer integrativen Ganztagschule bei gleichzeitiger Abschaffung aller Hauptschulen. Ohne eine



solche Förderung und Einbindung sind viele Kinder aus bildungsfernen und aus Migrantenfamilien auf längere Sicht ein Sprengsatz für die Gesellschaft.

## 6) Äußere und innere Schulreform gehören zusammen

Die Überwindung des gegliederten Schulsystems ist kein Allheilmittel für die Lösung aller Schulprobleme. Weitere Reformschritte müssen hinzukommen:

- a) Vor allem müssen Fördermaßnahmen so früh wie möglich beginnen. Was früh versäumt wird, lässt sich später nicht mehr ausgleichen. Werden Kinder in den ersten Jahren nicht ausreichend gefördert, dann erreichen sie nie wieder die gleiche Leistungsfähigkeit wie andere Kinder. Noch gibt es aber in Deutschland, wie wir alle wissen, erhebliche Defizite in den Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. In Europa gehören wir hier zu den Schlusslichtern. Doch seit Renate Schmidt und Ursula von der Leyen ist einiges in Bewegung gekommen. Das kostet Geld - doch die Kosten frühkindlicher Bildung sind in Wahrheit Investitionen, die sich später auszahlen.
- b) Wir brauchen eine wirkliche Ganztagschule für alle Schülerinnen und Schüler und für alle Lehrerinnen und Lehrer. Vor zehn Jahren war diese Forderung noch umstritten, jetzt gibt es dafür eine große Zustimmung in der Bevölkerung. Wichtig ist, dass diese Ganztagschule ein pädagogisches Konzept hat und so ausgestattet ist, dass sich Schüler und Lehrer den ganzen Tag über gern dort aufhalten.
- c) Wir brauchen auch individuelle Förder- und Lehrpläne für jedes Kind als Teil eines differenzierten Unterstützungssystems an jeder Schule - und wir brauchen mehr ausgebildetes Unterrichtspersonal an der Schule. Das Ministerium sollte auf zu viel Detailsteuerung verzichten, die Schulen brauchen wesentlich mehr eigene Spielräume, den Unterricht zu organisieren, unterschiedliche Lernwege zu profilieren und über Geld und Stellen zu verfügen.
- d) Aus aktuellem Grund möchte ich aber noch an etwas erinnern: Schule ist mehr als Unterricht. In der Schule müssen Schülerinnen und Schüler auch soziale Kompetenzen, demokratisches Zusammenleben und Zivilcourage lernen können. Schüler müssen an wichtigen Fragen des Schullebens beteiligt werden. Soziales Lernen wird dort gefördert, wo Kinder und Jugendliche die Erfahrung machen, gebraucht zu werden. Wir haben es in der aktuellen Schulpolitik zur Zeit mit einem verengten Bildungsbegriff zu tun. Messbare Leistungen, Kernfächer und Wettbewerb stehen zur Zeit im Vordergrund. Doch Leistung in der Schule ist mehr als Tests und Prüfungen und Bildung ist mehr als die Befähigung zum Geldverdienen. „Was hülften uns Wissensriesen, wenn sie Gemüter von Zwergen hätten?“ fragte der ehemalige Max-Planck-Präsident Hubert Markl. Kinder sind unterschiedlich und reich an Talenten, sie müssen in der Schule wahrgenommen und gefördert werden.

Innere und äußere Schulreform gehören zusammen. Doch ohne Strukturveränderungen unseres Schulsystems stoßen innere Reformschritte bald an Grenzen.

## 7) Wofür ich eintrete: Die Schule im Jahr 2015

- a) Es ist eine Ganztagschule, in der in einem pädagogisch strukturierten Lernalltag Phasen von Unterricht und Freizeit, Arbeit, Bewegung und Ruhe auf-



einander abgestimmt sind. Alle Kinder haben die Möglichkeit, in der Schule zu essen. Die Ganztagschulen sind so ausgestattet, dass sich Schüler und Lehrer den ganzen Tag über dort gern aufhalten - also mit genügend Arbeitsplätzen für Lehrer.

- b) Es ist eine Schule ohne Sitzen bleiben, ohne Abstufungen oder Abschulungen. Diese Schule hat, natürlich auch mit den Schülern und Eltern zusammen, aber zunächst doch als Schule selbst eine Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler, die sie aufnimmt - eine Art „Rechenschaftspflicht für den Bildungsweg der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen“ (EKvW). Sie führt möglichst jeden Schüler zu einem Abschluss.
- c) Es ist eine integrative Schule, in der alle Kinder möglichst lange zusammenbleiben, am besten bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Gymnasiale Oberstufen bleiben erhalten, die gibt es auch in den erfolgreichen integrativen Schulsystemen anderer Länder wie Kanada oder die skandinavischen Länder.
- d) Es muss auch bei zurückgehenden Schülerzahlen für jedes Kind wohnortnah ein umfassendes Schul- und Bildungsangebot geben. Deshalb müssen Kommunen die Möglichkeit bekommen, ihr Schulangebot in integrativen Strukturen zu organisieren. Die Zusammenlegung von Schulen, u. z. von allen Schulformen, muss möglich sein. Dies kann auf verschiedenen Wegen, in flexiblen Formen und mit Übergangszeiten passieren.
- e) Ziel ist dabei die Einrichtung einer für alle Kinder gemeinsamen Schule im Anschluss an die Grundschule, die alle Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems vereint - und insofern Eltern und Kindern ein „vollständiges Angebot“ macht. An dieser Schule werden alle Abschlüsse der Sekundarstufe I sowie der Übergang in die gymnasiale Oberstufe erreicht, die in dieses Modell miteingebunden wird.

Für eine solche Schule hat sich inzwischen der Begriff „Gemeinschaftsschule“ eingebürgert. Eine Gemeinschaftsschule ist in der Praxis alles andere als eine „Einheitsschule“, es ist im Gegenteil, das kann man an den existierenden Gemeinschaftsschulen studieren, eher eine Schule der Vielfalt.

- f) Neben der Gemeinschaftsschule wird in der Bildungsdiskussion z. Zt. über das „Zwei-Säulen-Modell“ debattiert - also die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen (sowie Gesamtschulen) neben dem bestehenden Gymnasium. Ich habe Vorbehalte gegen das Zwei-Säulen-Modell:
  - Es ändert an der frühen und ungerechten Aufteilung der Schüler (mit 10 J.) gar nichts!
  - Es zementiert die Spaltung der Schülerschaft - vor allem dann, wenn es wie jetzt im zweigliedrigen Modell Österreichs zu beobachten, zu einem Run aufs Gymnasium (70 %) führt und die zweite Schulform dann erneut eine Art „Restschule“ wird. Dann spiegelt sich die Spaltung unserer deutschen Zweidrittel-Gesellschaft exakt in der Schule!
  - Es dient der Integration von Schülern nicht deutscher Herkunft überhaupt nicht!
  - Es verändert das Gymnasium gar nicht, wo aber Veränderungen in der Unterrichtskultur notwendig sind!



- Es löst nur das Problem der Hauptschule - aber was ist mit den Förderschulen?
- g) Zur Schule im Jahr 2015 gehört aber - übrigens wie auch zur Schule im Jahr 2010 - die Einsicht: **Bildung ist mehr als Schule**. Nicht nur in der Schule, sondern auch in der Konfirmanden- und Jugendarbeit, bei den Kinder- und Jugendchören und in der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Kirchengemeinde vollziehen sich Bildungsprozesse. Sie sind für die Persönlichkeitsentwicklung und für die Übernahme sozialer Verantwortung besonders wertvoll. Schulische Lernzeiten dürfen nicht so weit ausgeweitet werden, dass wichtige außerschulische Bildung immer weniger stattfinden kann. Angesichts von Schulzeitverkürzung und Turbo-Abitur muss daran erinnert werden: Es gibt auch ein Leben nach der Schule und außerhalb der Schule - und das ist mindestens ebenso prägend. Die Schule endet um 16.00 Uhr, Hausaufgaben werden in der Schulzeit erledigt, ein Nachmittag in der Woche bleibt frei. So können sich Jugendliche ehrenamtlich engagieren, sie können so auch noch mal altersgemäß Jugendliche sein.
- 8) Ohne Gerechtigkeit geht der Zusammenhalt einer Gesellschaft verloren**  
Konnte 2005 die jetzige NRW-Landesregierung mit der Warnung vor der sogenannten „Einheitsschule“ noch die Landtagswahl gewinnen, so hat sich der Wind inzwischen gedreht. Eine Mehrheit der Bevölkerung votiert inzwischen für ein längeres gemeinsames Lernen. Immer mehr Bundesländer rücken vom starren dreigliedrigen Schulsystem ab. Die Zeit ist auch in NRW reif für Reformen. Doch noch gibt es einflussreiche Gruppen in der Gesellschaft, auch Parteien und Eltern- und Lehrerverbände, die sich gegen die notwendigen Veränderungen hin zu einem mehr integrativen Schul- und Bildungssystem sperren. Hier ist viel Unkenntnis und Angst im Spiel, aber es geht auch - man muss es deutlich sagen - um die Wahrung von Privilegien. Das eigene Kind aufs Gymnasium schicken zu können, dokumentiert auch den eigenen sozialen Status nach außen. Hinzu kommt das Bemühen vieler Eltern, die eigenen Kinder vor vermeintlichen schädlichen Kontakten zu bewahren („Schmuddelkinder“) und ihnen zugleich von vornherein nützliche Beziehungen zu verschaffen. Dies mag mitunter subjektiv verständlich sein. Der Staat jedoch ist dem Allgemeinwohl verpflichtet und trägt Verantwortung für jedes seiner Kinder. Er hat für Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu sorgen, denn dies sind keine abstrakten Werte, sondern tief empfundene Bedürfnisse, ohne die der Zusammenhalt einer Gesellschaft verloren geht.

Erst recht kann uns in der Kirche das Ausmaß der Bildungsungerechtigkeit und auch der Kinderarmut in Deutschland nicht egal sein. Seit ihren Anfängen steht die Kirche an der Seite der Armen. Solange sich die Kirche auf die Bibel beruft, kann sie in dieser Frage nicht neutral sein. Vor Gott gibt es keine Menschen erster und zweiter Klasse, deswegen muss Bildung nach christlichem Verständnis immer auch „Bildung für alle“ sein. Wir wollen kein Kind verloren geben. Jedes Einzelne hat Anspruch auf Aufmerksamkeit und Förderung, Förderschüler mindestens ebenso wie Gymnasiastinnen. Niemand ist als nicht bildungsfähig oder als nicht mehr lernfähig abzuschreiben, auch kranke, alte und behinderte Menschen nicht; es gibt keine zweite Garnitur Gottes. Christliche Bildung bedeutet, in



„allen“ Menschen Gottes Ebenbild zu entdecken und für seine Würde einzutreten.

## 9) **Schluss**

Die Zukunft der Schule ist keine Frage, die gerade regierende Politiker oder auch die Ministerialbürokratie oder auch Lehrerinnen und Lehrer zu entscheiden haben. Wie die Schule der Zukunft aussehen soll, ist eine Frage der Gesellschaft. Denn in der Schule entscheidet sich ganz wesentlich, wie später die Gesellschaft aussehen wird. Deshalb sind Schulfragen öffentlich zu diskutieren. In der Evangelischen Kirche wollen wir die öffentliche Diskussion über unser Schul- und Bildungssystem voranbringen. Nicht an Verbands- und Parteiinteressen orientiert aber dennoch mit erkennbaren Ausgangspositionen wollen wir uns in die Diskussion darüber einmischen, wie Schülerinnen und Schüler optimal gefördert, Bildungsbarrieren abgebaut und Schulen zu modernen Lernorten weiterentwickelt werden können. Im Grund wissen wir aus den Erziehungswissenschaften sowie aus der Schul- und neueren Lernforschung, was getan werden müsste. Wir haben kaum noch ein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Entscheidungs- und Umsetzungsdefizit. Wir erleben zur Zeit viel unsystematisches Herumlaborieren in der Schulpolitik. Wir brauchen aber mutige Reformen statt endloser Korrekturen am falschen System. Die Zeit ist reif dazu. Wir werden in der Evangelischen Kirche nicht nachlassen.

Hans-Martin Lübking